Heft 4-2025 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Hans-Jürgen Urban: Weil das jetzt zählt – IGM-Aktionstag

Joachim Beerhorst: Oskar Negt als Impulsgeber

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von
Ulrike Eifler, Klaus Dörre, Knut Lambertin, B. Müller, J. Bischoff, Frank Deppe, K. Bullan, W. Frede/G. Weiß, Jörg Deml/Christoph Lieber

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Massive Proteste in der Türkei

In der Türkei haben erneut sehr viele Menschen gegen die erfolgte Festnahme des Oppositionspolitikers Ekrem İmamoğlu protestiert. Der türkische Präsident Erdoğan hatte seinen ärgsten politischen Widersacher festnehmen lassen. [...]

Handeln würde sich lohnen – verweigern würde teuer!

Angesichts der alarmierenden Warnungen von Expert*innen über die Auswirkungen des Klimawandels, die in den jüngsten Studien der Boston Consulting Group (BCG) und der Universität Cambridge dargelegt wurden, stellt sich die Dringlichkeit, mit der klimabezogene Investitionen getroffen werden müssen, als immer drängender heraus. [...]

Aufrüstung durch Grundgesetzänderung

Manchmal zweifelt man am eigenen Verstand oder am Verstand der anderen. Was kaum verständlich ist, sind die Grundgesetz-Änderungen, auf die sich CDU/SPD/Grüne in aller Eile geeinigt haben. Es handelt es sich nicht um eine Verordnung über die Eiergröße, sondern um eine Änderung der Verfassung. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr.4 | April 2025 | 52. Jahrgang | Heft Nr. 504

Berliner Schuldenrepublik und linker Aufwind

Redaktion Sozialismus.de:
Ein deutscher »Marshall-Plan«? 2

Klaus Dörre: Die Linke im Aufwind
Gründe für ihren wahlpolitischen Erfolg 6

Knut Lambertin: SPD – Wiedereinzug der Klassenfrage
Nach dem Wahldebakel: Die Parteilinke der SPD 10

Bernhard Müller: Soziale Spaltungen als Ursachen
für politische Unsicherheit 13

Amerikas »Goldenes Zeitalters«?

Joachim Bischoff:
Rückkehr des US-Wohlstands mit Trump? 19

Gerd Siebecke: Trumps »Mitarbeiter« Elon Musk
Die Rolle der US-Tech-Milliardäre 24

Zeitenwenden 2.0

Frank Deppe:
Von der Zeitenwende zum Epochenbruch 30

Klaus Bullan: Von Berlusconi zu Meloni
Wie rechter Populismus entsteht und mehrheitsfähig wird 36

Wolfgang Frede/Gerhard Weiß:
Klimapolitik und Militarismus 41

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Weil das jetzt zählt
Der Aktionstag der IG Metall 47

Ulrike Eifler: Gewerkschaften in der Zeitenwende
Keine Unterordnung unter das Primat der Sicherheitspolitik 50

Joachim Beerhorst: »Nur noch Utopien sind realistisch«
Oskar Negt als Impulsgeber für die Gewerkschaften 54

Rezension

Jörg Deml/Christoph Lieber: Marxismus ohne Wert?
Die »Edition Marxismen« 60

Veranstaltungen | Impressum | Film

Impressum 63

Veranstaltungen & Tipps 64

Max Lill:
A Complete Unknown (Filmkritik) 65

Beirat: Heinz Bierbaum, Ulrich Brinkmann, Günter Busch, Frank Deppe, Richard Detje, Christoph Ehlscheid, Michael Erhardt, Dieter Knauß, Klaus Pickshaus, Lilo Rademacher, Sabine Reiner, Bernd Riexinger, Heidi Scharf, Manfred Scherbaum, Michael Schlecht, Gabriele Schmidt, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban, Gerhard Wick, Jörg Wiedemuth

Weil das jetzt zählt

Der Aktionstag der IG Metall

von ■ Hans-Jürgen Urban

Foto: IG Metall Frankfurt a.M.

Am 15. März 2025 fand unter dem Motto »Mein Arbeitsplatz! Unser Industrieland! Unsere Zukunft! Weil das jetzt zählt!« der Aktionstag der IG Metall statt. Unterstützt wurde er durch die IG BCE, die NGG und andere DGB-Gewerkschaften. In Hannover, Köln, Leipzig, Frankfurt am Main und Stuttgart demonstrierten über 80.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, um auf die mehr als besorgniserregende Entwicklung in der deutschen Industrie aufmerksam zu machen und eine aktiv gegensteuernde Politik in Unternehmen und durch die kommende Bundesregierung einzufordern. Anlass des Protestes waren nicht zuletzt die sich häufenden Ankündigungen führender Industrieunternehmen, nicht über Produktions- und Produktinnovationen oder neue Kunden und Märkte, sondern über Arbeitskostensenkungen und Beschäftigungsabbau Bilanzen und Profite zu sanieren. Dabei zielte der Protest in zwei Richtungen. Er richtete sich zum einen gegen unternehmerische Abbau-Konzepte und forderte in den Unternehmen strategische Anstrengungen, die die De-Karbonisierung der Wertschöpfung mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen verbindet.

Zugleich ging der Mobilisierungsdruck in Richtung Politik. Von der neuen Bundesregierung wurde eine Finanz-, Wirtschafts- und Industriepolitik eingefordert, die insbesondere durch die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur die ökologische Transformation der industriellen Wertschöpfung unterstützt und diese Unterstützung an die Sicherung von Beschäftigung bindet. Nachfolgend dokumentieren wir die Rede von Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, *die er als Hauptredner der Demonstration in Frankfurt am Main hielt.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schade, dass ihr nicht mit mir dieses großartige Bild genießen könnt! Tausende, die sich aufgemacht haben, zu fordern, was wir brauchen: eine Industrie mit Zukunft und nachhaltigen Arbeitsplätzen und eine Gesellschaft mit Vielfalt und Solidarität!

Ja, die Lage ist ernst. Die Wirtschaft stagniert, die Gesellschaft ist polarisiert. Klar ist: Die Politik hat nicht geliefert. Und viele, ja viel zu viele Unternehmen haben den Wandel verschlafen. Statt zukunftsfähige Produkte und Märkte – strategischer Blindflug. Und wo die Unternehmen in die Ertragskrise schlittern, sollen wir die Zeche zahlen. Mit Arbeitsplatzabbau, Einkommensverzicht und Zugeständnissen. Das geht gar nicht! Wir zahlen nicht für das Schlamassel, das kurzsichtige Politik und verschlafene Vorstände angerichtet haben, das kommt nicht infrage.

Unsere Industrie der Zukunft: ökologisch, sozial und demokratisch!

Die De-Industrialisierung Deutschlands ist eine reale Gefahr. Das wäre ein Desaster, für die Beschäftigten, die gesamte Wirtschaft, die gesamte Gesellschaft. Auf gut 70.000 addiert sich der angekündigte Abbau von Arbeitsplätzen, in Industrie und industrienahem Handwerk. Auf 70.000! Hinter diesen Zahlen stehen Einzelschicksale. Das kann, das darf so nicht weitergehen. Wir sind die Schutzmacht derer, deren Zukunft auf der Kippe steht. Schluss mit Arbeitsplatzklau und her mit Beschäftigungsperspektiven für alle!

Gute Arbeit *für alle* ist unsere Forderung – deswegen sind wir heute hier!

Wir müssen raus aus der Sackgasse und die Weichen in Richtung Zukunft stellen. Klimaneutrales Arbeiten, Konsumieren und Leben – das ist die Jahrhundertaufgabe, vor der wir stehen. Die Transformation, die wir unterstützen, muss fair und solidarisch sein. Schutz von Arbeit, Natur und Beschäftigung, das kann und muss zusammengehen:

- Grüner Wasserstoff statt Kohle,
- Elektro-Antrieb statt Verbrenner,
- und öffentlicher Personen- und Güterverkehr statt Staus ohne Ende.

Alles das ist nötig, alles das ist möglich!

In einer markt- und gewinngetriebenen Wirtschaft geht das jedoch mit hohen Risiken einher. Rund 800.000 Arbeitsplätze hängen etwa am Fahrzeugbau. Deshalb fordert die IG Metall: Ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen. Wir wollen nicht bewahren, wir wollen verändern. Wir stehen nicht für Stillstand, wir stehen für Aufbruch.

Aber wir wollen in eine bessere Zukunft aufbrechen. Wir wollen nachhaltige Arbeit in einer nachhaltigen Industrie. Eine Industrie, die Güter mit hohem Gebrauchswert produziert, die die Natur nicht überfordert und die sichere Arbeitsplätze bereitstellt. Das ist unser Zielbild, dafür kämpfen wir!

Der Weg in eine solche Zukunft mag steinig sein, aber er ist gangbar. Die IG Metall hat industriepolitische Wegweiser aufgestellt. Der nächsten Bundesregierung schreiben wir vor allem drei Aufgaben ins Lastenheft:

Erstens: Runter mit den Energie- und Stromkosten. Das gilt zum einen für die Verbraucher und Familien. Viele leiden erheblich unter dieser Belastung. Aber es gilt auch für die Unternehmen. Die hohen Strompreise gefährden die Wettbewerbsfähigkeit. Aber uns geht es nicht um Renditen, uns geht es um Arbeitsplätze. Allein in den energieintensiven Branchen stehen vier Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die wollen wir sichern und zukunftsfest machen. Aber ich füge hinzu: Wenn öffentliches Geld fließt, muss das an harte Auflagen gebunden werden. Es darf nicht private Profite, es muss gesellschaftliche Wohlfahrt fördern. Geld darf nur fließen, wenn Standorte erhalten, Beschäftigung gesichert und der Weg in eine nachhaltige Zukunft unumkehrbar vereinbart wird. Sonst gibts nix.

Zweitens: Die Mobilitätswende muss an Tempo gewinnen: Für mich steht fest: Die Zukunft fährt elektrisch. Aber die Politik muss endlich entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Nur so wird die E-Mobilität Fahrt aufnehmen. Sozial gestaffelte Kaufanreize, bessere Ladeinfrastruktur und akzeptable Strompreise – dann klappt's auch mit den E-Autos!

Und drittens: Mehr Investition in die Infrastruktur. Wohin man schaut: fehlende Wohnungen, einsturzgefährdete Brücken oder marode Schulen. Das ist für ein reiches Land wie das unsere eine schlichte Blamage. Das muss korrigiert werden. Wer hier versagt, gehört abgewählt, und zwar so schnell wie möglich.

Den Weg in die Zukunft solidarisch finanzieren!

Bisher blockierte die Schuldenbremse eine entsprechende Politik. Jetzt haben Union und SPD ein Sondervermögen aus dem Hut gezaubert. Wenn 500 Milliarden Euro in Schiene, Bildung, Digitalisierung, Energie und Gesundheit investiert werden – dann ist das zu begrüßen. Eine solche Investitionsoffensive haben wir gefordert. Jetzt soll sie kommen – gut so.

Aber bisher sind es nur Vorhaben, und die meisten anderen Dinge sind sehr allgemein, nicht mit Geld hinterlegt oder weisen in Richtung Sozialabbau. Ein Zielbild für eine nachhaltige Industrie des 21. Jahrhunderts fehlt gänzlich. Völlig inakzeptabel sind zudem die Planungen zur Migration und zum Bürgergeld. Die faktische Schließung der Grenzen für Asylsuchende verstößt gegen europäisches Recht und ist vor allem eine Verbeugung vor Rechtsaußen. Und die Drohung mit dem völligen Entzug des Bürgergelds für sogenannte Arbeitsverweigerer bedient vor allem Vorurteile gegenüber Arbeitslosen.

Und schließlich: Was soll dieser Überbietungswettlauf bei den Rüstungsausgaben? Soll die Waffenproduktion explodieren, und Abrüstung und zivile Konfliktlösungen bleiben Restgrößen? Und das in diesen explosiven Weltverhältnissen? Was wir brauchen, ist eine zeitgemäße europäische Sicherheitsarchitektur, mit sanktionsbewährter Rüstungskontrolle und zivilen Konfliktregeln. Wer nur auf Waffen setzt, landet in der Sackgasse eines neuen Rüstungswettlaufs. Und früher oder später frisst der Rüstungsstaat, was der Sozial- und Umweltstaat braucht – Sondervermögen hin oder her. Freie Fahrt für Aufrüstung – nicht mit uns!

Ja, wir brauchen mehr Nachhaltigkeit, vor allem aber brauchen wir mehr Verteilungsgerechtigkeit. Öffentliche Kredite sind nicht die Krönung gerechter Lastenverteilung. Ob bei der Vertei-

lung der Mittel des Sondervermögens oder bei der Finanzierung des regulären Haushalts: Wir stehen vor einer Periode beinharter Verteilungskonflikte. Unverzichtbar ist und bleibt eine Steuer- und Abgabenpolitik, die das Geld dort abholt, wo es im Übermaß vorhanden ist:

- bei übergroßen Erbschaften- und Vermögen;
- bei Spitzeneinkommen jenseits der Millionen;
- und bei Finanzerträgen, die der Fiskus steuerlich wie rohe Eier behandelt.

Unsere Gesellschaft kann sich den sozial-ökologischen Umbau leisten. Was sie sich nicht leisten kann, ist Privilegien-Schutz für Millionäre und Milliardäre. Der ökologische Umbruch muss mit einem gerechtigkeitspolitischen Aufbruch einhergehen. Dafür zu kämpfen, wird unsere Aufgabe sein. Verteilungsgerechtigkeit statt Privilegien-Schutz – mit dieser finanzpolitischen Formel müssen wir in diese Kämpfe gehen.

Kampf für den Sozialstaat

Apropos Verteilungsgerechtigkeit: Die Industrie braucht Investitionen, der Sozialstaat aber auch. Die Beiträge zur Arbeitslosen-, Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicherung sind strategische Investitionen erster Klasse. Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet. Gerade in Zeiten des Wandels steht er für Sicherheit und Verlässlichkeit. Er anerkennt die Lebensleistung und organisiert gesellschaftliche Solidarität. Aber, machen wir uns nichts vor: Ein Bündnis aus Arbeitgeberverbänden und Politik plant das Gegenteil. Dabei segeln sie unter falscher Flagge: Sie sagen Entbürokratisierung – und meinen Deregulierung des Arbeitszeit- und Arbeitsschutzrechts. Sie reden von Wettbewerbsfähigkeit – und meinen Kürzungen bei Rente, Pflege und Gesundheit, um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen. Das geht so nicht.

Auf die Finanznöte der Sozialkassen antworten wir mit der Erweiterung der Solidargemeinschaft. Wir wollen Sozialversicherungen, in denen alle versichert sind: auch Beamte, Freiberufler, Politiker und Selbstständige. Alle rein in die Sozialsysteme, alle zahlen Beiträge, alle erhalten Leistungen und alle stabilisieren die Sozialkassen. Das ist unsere Antwort auf die Polarisierung der Gesellschaft.

Nach vorne, nicht nach rechts muss die Reise gehen!

Wer mit uns in eine nachhaltige Gesellschaft aufbrechen will, dem reichen wir die Hand. Aber wer die Gunst der Stunde nutzen will, um Privilegien zu schonen und den Sozialstaat zu schleifen, der hat uns zum Gegner. Und unsere Gegnerschaft erklären wir auch denjenigen, die mit Deutschtümelei und rassistischer Ausgrenzung die Menschen verwirren. Für uns gilt: Klare Kante gegen alle, die sich als Anwälte der »kleinen Leute« tarnen, um sich dann an Menschenrechten und Demokratie zu schaffen machen. Denen rufen wir zu: Wir haben genug von euch, die ihr Biedermänner und Brandstifter in einem seid. Wir sind eure Gegner, und wir werden alle demokratischen Mittel nutzen, um euch das politische Handwerk zu legen.

Zugleich füge ich hinzu: Denjenigen, die an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wurden, die den sozialen Abstieg fürchten und die ihre Lebensleistung entwertet sehen – denen halten wir die Türen offen. Offene Tür bedeutet nicht, rechten Gesinnungen entgegenzukommen, keinen Millimeter. Offene Tür bedeutet eine Einladung, mit uns für solidarische Lösungen der Probleme zu kämpfen. Wer etwas tun will für Beschäftigung, Solidarität und Vielfalt, der ist unter Rassisten und Nationalisten denkbar schlecht und bei uns denkbar gut aufgehoben. Also kommt zu uns und kämpft mit uns für mehr Fairness und Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Umbau von Industrie und Sozialstaat – Kampf für Vielfalt und Demokratie – Herkules-Aufgaben allesamt. Manchmal fragt man sich: Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut? Darauf gibt ein eine klare Antwort: Wir! Eine soziale Bewegung des sozialen und ökologischen Fortschritts.

Eine Bewegung, die sich aufmacht in eine ökologischere, solidarischere und demokratischere Gesellschaft. Und die IG Metall mittendrin! Im ganzen Land und perspektivisch über die Grenzen hinaus. Das ist unser Votum für eine bessere Zukunft. Weil das jetzt zählt!

Die spontanen Streiks der Migrant*innen im Sommer 1973 waren ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeitskämpfe. Sie markierten einen Höhepunkt eines jahrzehntelangen Kampfes für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gegen Rassismus. Der Sammelband beleuchtet die Bedeutung dieser historischen Ereignisse und zeigt, wie die spontanen Proteste die Gewerkschaften stärkten und die Arbeitswelt nachhaltig veränderten. Die Kämpfe der Migrant*innen sind nicht nur ein Stück Geschichte, sondern auch eine Quelle der Inspiration für aktuelle Auseinandersetzungen um soziale Gerechtigkeit.

Nihat Öztürk, Nuria Cafaro, Bernd Hüttner, Florian Weis (Hrsg.)

»Der Streik hat mir geholfen, als junger Mensch Kraft aufzubauen.« Migrantische Kämpfe gegen Ausbeutung und Rassismus

470 Seiten | 22 Euro
ISBN 978-3-9826199-5-8

Verlag Die Buchmacherei Berlin
diebuchmacherei.de

Die Buchmacherei

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ❒ Russland ❒ Streik ❒ Luxemburg

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie ❒ Russland ❒ Streik ❒ Luxemburg

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

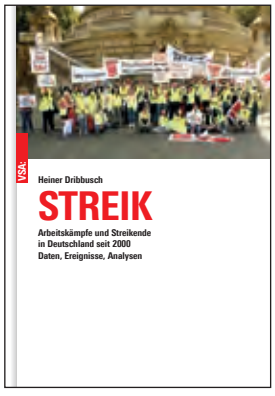
Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de